


Niederschrift

der weiterführende Sitzung des Stadtrates am 02.07.2020

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:04 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse Frau Schönemann, TOP´s 5.35, 5.42
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
5.	Entscheidungsvorlagen	
5.30.	Konzept zur Bodenbevorratung für Grünflächen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	0630/20
5.30.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0630/20 - Konzept zur Bodenbevorratung für Grünflächen	0964/20
5.31.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOV734 "Altonaer Höfe" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	0648/20

5.31.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur DS 0648/20 (Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOV734 "Altonaer Höfe" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit)	1095/20
5.32.	VS028 - Satzungsbeschluss über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße" Einr.: Oberbürgermeister	0677/20
5.33.	Modellvorhaben "Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland" Einr.: Oberbürgermeister	0705/20
5.33.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur DS 0705/20 (Modellvorhaben "Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland")	1096/20
5.33.1.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1096/20 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur DS 0705/20 (Modellvorhaben "Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland")	1140/20
5.34.	Grundstücksverkehr - Parzellierung und Veräußerung einer Fläche in Erfurt-Mitte, Flur 47, Flst. 30/6 Einr.: Oberbürgermeister	0719/20
5.34.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur DS 0719/20 (Grundstücksverkehr - Parzellierung und Veräußerung einer Fläche in Erfurt-Mitte, Flur 47, Flst. 30/6)	1098/20
5.35.	Zuständigkeit für haushaltswirtschaftliche Sperren nach § 28 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (Thür-GemHV) Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0796/20
5.35.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0796/20 - Zuständigkeit für haushaltswirtschaftliche Sperren nach § 28 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (Thür-GemHV)	0925/20

5.36.	Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder- /Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020 bis 31. Juli 2021 Einr.: Jugendhilfeausschuss	0809/20
5.36.1.	Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0809/20 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder- /Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020 bis 31. Juli 2021	0914/20
5.36.2.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Ermstedt zur DS 0809/20 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kin- der-/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020 bis 31. Juli 2021	0971/20
5.36.3.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben zur Druck- sache 0809/20 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder-/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020 bis 31. Juli 2021	1010/20
5.36.4.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Molsdorf zur Drucksache 0809/20 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder-/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020 bis 31. Juli 2021	1049/20
5.37.	Anpassung der Satzung über die Erhebung von Straßen- ausbaubeiträgen der Landeshauptstadt Erfurt (SAB) vom 02.03.2004 Einr.: Oberbürgermeister	0825/20
5.39.	Jährlicher Bericht Verband Kleingärtner Einr.: Fraktion CDU	0832/20
5.41.	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Verwaltungsge- richt Weimar Einr.: Oberbürgermeister	0839/20
5.42.	Umbenennung der Leichtathletikhalle nach Hartwig Gauder Einr.: Fraktion CDU	0871/20
5.43.	Umwandlung von Kreuzungen in Kreisverkehre Einr.: Fraktion CDU	0872/20

5.43.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0872/20 - Umwandlung von Kreuzungen in Kreisverkehre	0962/20
5.44.	Sanierungsprogramm für Sanitäranlagen von Schulen und Kindertageseinrichtungen Einr.: Fraktion CDU	0874/20
5.45.	Stadtstrand Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0933/20
5.46.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0975/20
5.46.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur DS 0975/20 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH	1104/20
5.48.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) Einr. Oberbürgermeister	0989/20
5.48.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 0989/20 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)	1103/20
5.50.	Neubesetzung des Mitgliedes und der Stellvertreter im Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt (BUGA-Ausschuss) Einr.: Fraktion AfD	1055/20
5.51.	Rechtliche Prüfung 2. Bauabschnitt Bastionskronenpfad Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	1056/20
6.	Informationen	
6.1.	Rechtsaufsichtliche Würdigung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 und zum 1. Nachtragshaushaltsplan 2020 Einr.: Oberbürgermeister	0904/20
6.2.	Sonstige Informationen	

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die weiterführende 10. Sitzung des Stadtrates der Wahlperiode 2019 bis 2024 und begrüßte alle Mitglieder, Beigeordneten, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Im Anschluss übergab er die Sitzungsleitung an den Stadtratsvorsitzenden, Herr Panse.

Als erstes dieser gratulierte Herrn Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, zum Geburtstag.

Im Anschluss verlas Herr Panse den Hinweis zur Aufzeichnung der öffentlichen Sitzung des Stadtrates im Internet als Live-Stream und zur Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung. Diese erfolgt durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den in der Geschäftsordnung des Stadtrates angegebenen Voraussetzungen.

Auf Rückfrage des Stadtratsvorsitzenden widersprach keiner der Anwesenden der Aufzeichnung.

Weiter informierte Herr Panse, dass eine Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß §19 (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer ausliegt.

Er wies darauf hin, dass die Stadratsmitglieder mit der Einladung Hinweise zur Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen erhalten haben. Besonders wies er darauf hin, dass die Thüringenhalle stündlich für die Dauer von 10 Minuten zu belüftet ist und die Sitzung für diesen Zeitraum unterbrochen wird.

Auf Grund der stündlichen Sitzungsunterbrechung zur Belüftung der Thüringenhalle, werde keine zusätzliche Pause stattfinden.

Wegen der Akkulaufzeiten der PC's müsse die Stadtratssitzung spätestens 22:00 Uhr beendet werden, informierte Herr Panse.

Der Stadtratsvorsitzende stellte fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte.

Zum Sitzungsbeginn waren 35 Stadratsmitglieder anwesend und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO gegeben.

Der Stadtratsvorsitzende informierte weiter darüber, dass die in der Sitzung vom Vortag vereinbarte Redezeit gemäß § 16 (13) Gescho für die gesamte Stadtratssitzung bestehen

bleibe. Danach werde die ursprüngliche Redezeit je Fraktion, für Ortsteilbürgermeister/-innen und für den Oberbürgermeister einschl. Beigeordneter und Mitarbeiter der Stadtverwaltung halbiert. Bezüglich gemeinsam zu beratender Tagesordnungspunkte galt die genannte Redezeit zu einem Tagesordnungspunkt. Widerspruch erhob sich nicht.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse, erklärte, dass die am Vortag beschlossene Tagesordnung für diese weiterführende Stadtratssitzung galt.

Herr Panse informierte weiterhin darüber, dass die Fraktion AfD beim Verwaltungsgericht Weimar einen Antrag auf eine einstweilige Anordnung gestellt hatte. Er informierte weiterhin darüber, dass das Gericht das Ansinnen der Fraktion, den

TOP 5.52, Drucksache 1063/20 - Überprüfung der Stadtratsmitglieder und Beigeordneten nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)
Einr.: Fraktion AfD

in der heutigen Sitzung zu behandeln, nicht entsprochen habe. Somit werde nach der in der gestrigen Sitzung beschlossenen, geänderten Tagesordnung verfahren.

Weiter Ergänzungs- bzw. Änderungswünsche gab es keine, weswegen entsprechend der Tagesordnung vom Vortag fortgeführt wurde.

5. Entscheidungsvorlagen

5.30. Konzept zur Bodenbevorratung für Grünflächen 0630/20 Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend über die Vorberatungsergebnisse und einen Änderungsantrag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat in seiner Sitzung am 09.06.2020 die Drucksache bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0964/20 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen neuen Beschlusspunkt 01 und 02. Die Reihenfolge der ursprünglichen Beschlusspunkte verschob sich entsprechend. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat diesen am 09.06.2020 abgelehnt (Ja 2 Nein 11 Enthaltung 2 Befangen 0).

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache sowie zum Änderungsantrag lagen den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erläuterte den Inhalt des Antrags seiner Fraktion und begründete das Einreichen des Antrags mit dem Ziel einer strategischen Weiterentwicklung. Dies soll im Einklang mit dem Antrag der FDP zum Thema Bodenbevorratung für den Wohnungsbau erfolgen. Man erhofft sich von der Verwaltung entsprechende Zahlen zu bekommen um dies entsprechend in kommende Haushalte einstellen zu können. Er warb um Zustimmung des Antrags.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Nach Beendigung der Beratung erfolgte zunächst die Abstimmung über den Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0964/20. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um neue Beschlusspunkte 01 und 02 und verschob die Reihenfolge der ursprünglichen Beschlusspunkte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	30
Enthaltungen:	2
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abschließend lies Herr Panse über die Ursprungsdrucksache 0630/20 abstimmen.

beschlossen Ja 30 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 4. Quartal 2020 ein Konzept zur Bodenbevorratung der Stadt Erfurt für die langfristige Entwicklung von (wohnungsnahen) Grünflächen, Grünstrukturen, Erholungsräumen, für den Biotopverbund, für Stadtgrün als Klimaanpassungsmaßnahmen und Ausgleichsflächen vorzulegen.

02

Anlehnend an den Haushalts-Begleitantrag Nr. 5 der Fraktion FDP (Drucksache 0271/20) sollen diese Flächen möglichst in der Nähe der gemäß der Drucksache 0271/20 ausgewählten Flächen bevorratet werden.

03

Ziel dieser Konzeption soll es sein, den Landschaftsplan der Landeshauptstadt Erfurt in seiner Umsetzung und Fortschreibung zu unterstützen, und bei Bedarf die erforderlichen Flächen ankaufen bzw. vorhalten zu können. Daneben sollen eruiert werden, inwieweit Erholungs- und Grünflächen in der Nähe von Wohnungsflächen vorgehalten werden können.

5.30.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0630/20 - Konzept zur Bodenbevorratung für Grünflächen 0964/20

abgelehnt Ja 4 Nein 30 Enthaltung 2 Befangen 0

5.31. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOV734 "Altonaer Höfe" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit** **0648/20**
Einr.: Oberbürgermeister

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse über ein Vorberatungsergebnis und einen vorliegenden Antrag.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wurde die Drucksache am 09.06.2020 bestätigt (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 1095/20 vor. Dieser ergänzte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache. Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksache 1095/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 30.06.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, stellte den Änderungsantrag seiner Fraktion vor und warb um Zustimmung.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, ob die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sich bereit erklärt die Änderungen aus der Stellungnahme der Verwaltung, zu ihrem Änderungsantrag, zu übernehmen.

Herr Robeck lehnte dies im Namen seiner Fraktion ab, da man an den eigenen Änderungsantrag festhalte, da man die Position vertritt, dass die Bäume erhalten werden müssen. Die Fraktion würde jedoch den Antrag dahingehend abändern, dass die Punkte 4 und 5 des Änderungsantrages in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Ausschussvorsitzende über die Drucksache sowie den dazugehörigen Antrag abstimmen.

Zunächst wurde der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1095/20 einschließlich der Änderungen in den Punkten 4 und 5 (Prüfaufträge) abgestimmt. Dieser ergänzte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	24
Enthaltungen :	1
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abschließend lies Herr Panse über die Ursprungsdrucksache 0648/20 abstimmen.

beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 23.01.2020 für das Vorhaben JOV734 "Altonaer Höfe" wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll eingeleitet werden.

02

Für den Bereich des Grundstücks Altonaer Straße 18 / Schlachthofstraße 80 soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan JOV734 "Altonaer Höfe" aufgestellt werden. Der Bereich wird entsprechend der zeichnerischen Festsetzung des Geltungsbereiches im Vorentwurf zum Bebauungsplan umgrenzt.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Nachnutzung eines gewerblich genutzten Bereiches für Wohnungsbau
- Herstellung der planungsrechtlichen Zulässigkeit einer drei bis maximal fünfgeschossigen Bebauung
- Schaffung attraktiver durchgrünter Freiflächen im Quartiersinneren
- Sicherung notwendiger Flächen für den ruhenden Verkehr
- Festsetzung und Umsetzung notwendiger Umweltschutzmaßnahmen
- Bauliche Ergänzungen an bestehenden Gebäuden entlang der Schlachthofstraße und Altonaer Straße
- Steuerung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben im Bereich Schlachthofstraße

03

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

04

Der Vorhaben- und Erschließungsplan "Altonaer Höfe" in seiner Fassung vom 28.01.2020 (Anlage 2) und die Vorhabenbeschreibung (Anlage 3) werden als Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und dessen Begründung gebilligt.

05

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes JOV734 "Altonaer Höfe" und dessen Begründung durchgeführt.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

06

Der Vorhabenträger bzw. seine jeweiligen Rechtsnachfolger sind im Rahmen des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu verpflichten, mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum gemäß der im Entwurf vorliegenden städtischen Richtlinie zum Erfurter Wohnbaulandmodell (Stadtratsbeschluss vom 22.05.2019 - DS 0346/19) bzw. der zum Zeitpunkt des Beschlusses des Durchführungsvertrages geltenden Fassung der Richtlinie herzustellen.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 1a und 1b beigelegt.)

- 5.31.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur DS 1095/20
0648/20 (Vorhabenbezogener Bebauungsplan JOV734
"Altonaer Höfe" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss,
Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung
der Öffentlichkeit)

abgelehnt Ja 11 Nein 24 Enthaltung 1 Befangen 0

- 5.32. VS028 - Satzungsbeschluss über die Veränderungssperre 0677/20
für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BEP738
"Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner
Platz/Augsburger Straße"
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend über die Vorberatungsergebnisse.

Der Ortsteilrat Berliner Platz bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung vom 10.06.2020.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wurde die Drucksache am 16.06.2020 bestätigt (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Panse eröffnete anschließend die Beratung.

Da es keine Wortmeldung gab, lies er über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Auf Grund von § 14 Abs. 1, § 16 Abs. 1 i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO), beschließt der Stadtrat Erfurt die Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße". Der beiliegende Satzungstext über die Veränderungssperre (Anlage 2) und der Lageplan im Maßstab 1:2000 (Anlage 3) sind Bestandteil des Beschlusses.

02

Die Satzung über die Veränderungssperre ist im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 2a und 2b beigelegt.)

5.33. Modellvorhaben "Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland" 0705/20 Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis und die vorliegenden Änderungsanträge.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wurde die Drucksache am 16.06.2020 bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 1096/20 vor. Dieser änderte die Anlagen der Ursprungsdrucksache. Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksache 1096/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 30.06.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag lag den Fraktionen vor.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 1140/20 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 01 des Änderungsantrages. Die Aufnahme des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 1140/20 wurde mit Beschlussfassung der Sitzung des Stadtrates am 01.07.2020 unter TOP 2 bestätigt.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erklärte, dass es seiner Fraktion darum ginge die Clubkultur und die Sozio- und Breitenkultur nicht außen vorzulassen. Dies sei ein wichtiger Teil der Kultur, für welchen die Landeshauptstadt Erfurt, insbesondere für die angrenzenden Gebietskörperschaften, eine Versorgungsfunktion erbringen soll. Er warb auf

Zustimmung für den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und erklärte sich dazu bereit die Formulierung der Fraktion DIE LINKE. zu übernehmen. Ebenfalls warb er dafür den Vorschlag der Verwaltung zu übernehmen. Den Beschlusspunkt 02 des Änderungsantrags seiner Fraktion zog er in dessen Namen zurück.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, äußerte zwei Kritikpunkte:

1. an den Fördermittelgeber, da die Fördermittel des Förderprogramms sich eigentlich auf Strukturstärkung von Dörfern, ländlichen Räumen und Dorferneuerung beziehen, erschließe sich ihm nicht, wieso sich dieses Modellvorhaben dort eingruppiert.
2. über die formulierten Zielkategorien, konkret Innovation und Logistik, da der Wirtschaftsminister zur technischen Innovation viele kritische Worte bei der Eröffnung von Zalando äußerte. Er bat Herrn Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung, dieses Thema zukünftig an den entsprechenden Stellen einzubringen, zumal es bei Innovation, im Hinblick auf Logistikstandorte, nicht nur um technische Innovation, sondern auch um alles was damit zusammenhängt gehen sollte.

Herr Kolditz, Fraktion DIE LINKE., warb um den Änderungsantrag seiner Fraktion, es ginge lediglich um eine Begriffsänderung von Sozio- und Breitenkultur anstatt Clubkultur.

Herr Robeck fragte die Fraktion DIE LINKE., ob diese mit dem Vorschlag der Stadtverwaltung, beide Formulierungen gemeinsam zu verwenden, einverstanden sei.

Dies wurde durch das Kopfnicken von Herr Kolditz bestätigt.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, unterstützt die Vorlage in der Fassung der Stellungnahme der Stadtverwaltung zu den Änderungsanträgen. Die beantragten Änderungen seien, so vermutete er, sei eine Reaktion auf den Einleitungssatz des Abschnittes, wo man über "hochrangiger Kulturinfrastruktur" schrieb. Dies könne man seiner Meinung nach so nicht im Raum stehen lassen. Nach Rücksprache mit dem Beigeordneten für Kultur und Stadtentwicklung wurde Einigkeit darüber erzielt, dass diese Textpassage und dessen Inhalt im Ausschuss für Bildung und Kultur vorgestellt und diskutiert werden soll. Die Vorlage in der geänderten Form könne seine Fraktion aber heute dennoch zustimmen.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende über die Drucksache sowie die dazugehörigen Anträge abstimmen. Als erstes lies er über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 1140/20 mit Änderung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abstimmen. Dieser änderte den Beschlusspunkt 01 des Änderungsantrages 1096/20 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1
Befangen:	0

Der Antrag wurde mit Änderung bestätigt, was zur Folge hatte, dass die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1096/20 nicht

notwendig war. Es folgte daher die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache 0705/20 in Fassung des bestätigten Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE. in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadt Erfurt beteiligt sich als Partner des Deutschen RegioPole-Netzwerks (siehe Drucksache 1690/14) auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides vom 09.03.2020 am Modellvorhaben des Bundes „Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland“.

02

Dieses Modellvorhaben ist entsprechend des Projektantrags (Anlage 2) und des Zuwendungsbescheides (Anlage 3) umzusetzen.

03

Mit der federführenden begünstigten Kommune Trier ist ein Partnerschafts- und Weiterleitungsvertrag abzuschließen, mit dem die Einhaltung der Bedingungen aus dem Zuwendungsbescheid (Anlage 3) gegenüber der Stadt Trier als Projektträgerin zugesagt wird. Damit wird die Stadt Trier als Antragstellerin und für das Netzwerk federführend begünstigte Kommune von den Verpflichtungen eines anderen Projektpartners im Deutschen RegioPole-Netzwerk freigestellt.

04

Zur Deckung des Eigenanteils der Stadt Erfurt an den förderfähigen sowie nicht förderfähigen Projektkosten des Modellvorhabens „Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland“ in Höhe von insgesamt 44.466 Euro sind im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2021 entsprechende Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen für die Jahre 2021 bis 2023 im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung zu bilden.

05

Für die Bearbeitung des Projektes ist entsprechend der bewilligten Kosten- und Finanzierungsplanung des Zuwendungsbescheids Personal im Umfang einer 0,5 Stelle (TVöD 13) für den Projektzeitraum von maximal 32 Monaten einzustellen (es wird zunächst für die Dauer von 24 Monaten ausgeschrieben, mit der Option einer entsprechenden Verlängerung).

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 3a und 3b beigefügt.)

5.33.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur DS 1096/20
0705/20 (Modellvorhaben "Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland")

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

5.33.1.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1096/20 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur DS 0705/20 (Modellvorhaben "Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland") 1140/20

bestätigt mit Änderungen Ja 32 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

5.34. Grundstücksverkehr - Parzellierung und Veräußerung einer Fläche in Erfurt-Mitte, Flur 47, Flst. 30/6 Einr.: Oberbürgermeister 0719/20

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse über das Vorberatungsergebnis und einen vorliegenden Änderungsantrag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat in seiner Sitzung am 09.06.2020 die Drucksache bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 1098/20 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache. Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksache 1098/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 30.06.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag lag den Fraktionen vor.

Gemäß Vereinbarung des TOP 2 vom 01.07.2020 sollte die sofortige Abstimmung der Drucksache ohne weitere Wortmeldungen erfolgen.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, wollte sich dennoch zu Wort melden, was durch den Stadtratsvorsitzenden mit Verweis auf die geänderte Tagesordnung, des Vortages, abgelehnt wurde.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, beantragte eine Rückverweisung der Drucksache, mit der Begründung, dass Herr Perdelwitz in der Sitzung des Hauptausschusses am 30.06.2020 Redebedarf ankündigte.

Herr Panse erwiderte erneut, dass der Redebedarf bereits am Vortrag, bei dem Tagesordnungspunkt 2, Änderungen zur Tagesordnung, hätte angesprochen werden müssen. Er nahm den Antrag auf Rückverweisung dennoch zur Kenntnis und ließ über diesen vor dem Änderungsantrag und der Ursprungsdrucksache abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 17
Enthaltungen: 2

Der Antrag auf Rückverweisung wurde abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1098/20. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 19
Enthaltungen: 4
Befangen: 0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abschließend wurde über die Ursprungsdrucksache 0719/20 abgestimmt.

beschlossen Ja 31 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Stadtrat beschließt die Parzellierung des Flurstücks Gemarkung Erfurt Mitte, Flur 47, Flst. 30/6 und die Bildung von sieben Flurstücken mit einer Größe von je ca. 515 qm – 2200 qm.

02

Der Stadtrat beschließt die Veräußerung der neugebildeten Flurstücke mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

5.34.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur DS 1098/20
0719/20 (Grundstücksverkehr - Parzellierung und Veräu-
ßerung einer Fläche in Erfurt-Mitte, Flur 47, Flst. 30/6)

abgelehnt Ja 11 Nein 19 Enthaltung 4 Befangen 0

5.35. Zuständigkeit für haushaltswirtschaftliche Sperren nach 0796/20
§ 28 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (Thür-
GemHV)
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend über die Vorberatungsergebnisse und den vorliegenden Antrag.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 27.05.2020 die Drucksache vertagt.

Im Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben wurde die Drucksache am 03.06.2020 abgelehnt (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es erfolgte zusätzlich eine Abstimmung der Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung. Diese ersetzte Beschlusspunkt 02 und ändert Beschlusspunkt 03 und 04. Die vorgeschlagene Änderung der Verwaltung wurde abgelehnt (Ja 3 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0).

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0925/20 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 03 der Ursprungsdrucksache. Der Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben hat diesen am 03.06.2020 abgelehnt (Ja 1 Nein 6 Enthaltung 2 Befangen 0).

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache sowie zum Änderungsantrag lagen den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und übergab das Wort.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., warb noch einmal für die von ihrer Fraktion eingereichte Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, schloss sich Frau Stange an. Seiner Meinung nach lege die Kompetenz nicht allein im Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben, sondern im Stadtrat, zumal die Mehrheitsverteilung eine andere ist. Er wies darauf hin, dass es wichtig sei, bei entscheidenden Veränderungen im Haushalt eine entsprechende Haushaltssperre herbei zu führen und nicht nur eine Bewirtschaftungssperre. Man benötigt einen erleichterten Übergang zwischen Bewirtschaftungssperre und Haushaltssperre, was in Form von einem Einvernehmen stattfinden könnte. Er warb für den Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. (Entscheidung im Stadtrat, nicht im Ausschuss).

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD; konterte, dass Mehrheit nicht alles sei, auch Sachverstand sei wichtig. Diesen findet man bei den Finanzexperten im Fachausschuss. Sie wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung gesetzlich verpflichtet ist, seine unabweisbaren Ausgaben, wie Personalkosten, tätigten zu können.

Aufgrund einer technischen Störung der Mikrofonanlage unterbrach Herr Panse die Sitzung und gab vertretungsweise die Leitung an Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE., ab um selbst eine Wortmeldung abgeben zu können.

Nach der Unterbrechung wurde Herrn Panse, Fraktion CDU, das Wort erteilt. Dieser erklärte, dass er als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben mit der Thematik ausführlich befasst war. Den Ursprungsantrag der Fraktion DIE LINKE. konnte er nachvollziehen, da man die Situation hatte, dass Haushaltssperren verhängt wurden, ohne Stadtratsmitglieder einzubinden oder den Ausschuss darüber zu informieren, obwohl dieser öffentlich bei Finanzfragen angesprochen wird. Laut ThürGemHV ist es so, dass Sperren vom Oberbürgermeister, Stadtrat oder von entsprechenden Gremien ausgesprochen werden können. All diese Varianten wären zulässig, nur muss der Stadtrat sich für eine Variante entscheiden. Im Finanzausschuss gab es viel Einverständnis zwischen den Fraktionen, dass eben dieser so ein Gremium sein könnte. Man könnte dort fachlich darüber diskutieren, welche Haushaltssperren verhängt werden müssen. Diese Entscheidung bekam allerdings keine Mehrheit. Für seine Fraktion begründete er, weshalb man die Diskussion nicht im Stadtrat führen sollte wie folgt. Wenn der Landeshauptstadt Erfurt das Geld fehlt und Haushaltssperren verhängt werden müssen, dann muss schnell gehandelt werden. Man hat dann keine Zeit um auf Stadtratssitzungen und langwierigen Diskussio-

nen zu warten. Des Weiteren hat jede Fraktion eigene Interessen bezüglich der Haushaltssperren, weshalb man eine breite politische Diskussion verhindern möchte.

Frau Stange, erkannte den immensen Diskussionsbedarf und beantragte daher eine Rückverweisung der Drucksache in den Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben um eine gemeinsame Lösung finden zu können.

Frau Schönemann, stellvertretende Stadtratsvorsitzende, fragte nach weiteren Wortmeldungen. Da es keine gab übernahm Herr Panse den Vorsitz und ließ über den Rückverweisungsantrag der Fraktion DIE LINKE. abstimmen.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen: 25
Nein-Stimmen: 9
Enthaltungen: 0

Der Antrag wurde bestätigt womit sich die restliche Abstimmung erübrigte.

Verwiesen in Ausschuss Ja 25 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen 0

5.35.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0796/20 - Zu- 0925/20
ständigkeit für haushaltswirtschaftliche Sperren nach §
28 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (Thür-
GemHV)

Verwiesen in Ausschuss

5.36. Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder- 0809/20
/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020 bis
31. Juli 2021
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse über die Vorberatungsergebnisse und vorliegende Anträge.

Die Vorlage wurde in allen Ortsteilräten vorberaten und zur Kenntnis genommen bzw. bestätigt. Die Ortsteilräte Ermstedt, Kerspleben und Molsdorf bestätigten die Drucksache mit Änderungen.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung vom 11.06.2020 die Drucksache bestätigt mit Änderungen (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0).

Es lag ein Antrag des Oberbürgermeisters in Drucksache 0914/20 vor. Dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Der Antrag des Oberbürgermeisters wurde im Ortsteilrat Bischleben-Stedten zur Kenntnis genommen und in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit folgenden redaktionellen Änderungen am 11.06.2020 **bestätigt** (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)

Kita 41: ehemals evangelischer Kindergarten "Haus für Alt und Jung" ist jetzt "Evangelischer Kindergarten Louise Mücke"

Weiterhin lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Ermstedt in Drucksache 0971/20 vor. Dieser ändert die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Der Jugendhilfeausschuss hat diesen am 11.06.2020 abgelehnt (Ja 0 Nein 5 Enthaltung 8 Befangen 0).

In Drucksache 1010/20 lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben vor. Dieser änderte ebenfalls die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Der Jugendhilfeausschuss hat dies am 11.06.2020 ebenfalls abgelehnt (Ja 0 Nein 5 Enthaltung 8 Befangen 0).

Weiterhin lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Molsdorf in Drucksache 1049/20 vor. Dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksache 1049/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 30.06.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache sowie zu den Änderungsanträgen lagen den Fraktionen vor.

Weiter lag den Fraktionen eine Übersicht zu eingegangenen Stellungnahmen nach öffentlicher Auslegung der Bedarfsplanung inklusive der Abwägung des Jugendamtes zu diesen Stellungnahmen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und übergab das Wort.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, würdigte die Arbeit des Jugendhilfeausschusses, äußerte aber eine kleine Kritik bei dem Thema Zahngesundheit. In der ersten Vorlage sei dies konkret von der Verwaltung formuliert gewesen sein, während man in der neuen Fassung nur noch auf den Thüringer Bildungsplan und den geeignet vorgeschlagenen Maßnahmen hinweist. Auf der hingewiesenen Seite 104 würde allerdings nichts Konkretes stehen. Gerade im Hinblick auf Chancengleichheit und Zahnhygiene in Vierteln von Erfurt Nord und Süd sei dies aber wichtig.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende die Drucksache sowie den vorliegenden Anträgen abstimmen.

Zunächst erfolgte die Abstimmung des Antrages des Ortsteilbürgermeisters Ermstedt in Drucksache 0971/20. Dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	15
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung des Antrages des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben in Drucksache 1010/20. Dieser änderte ebenfalls die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: 11
Befangen: 0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Ihm folgte die Abstimmung des Antrages des Ortsteilbürgermeisters Molsdorf in Drucksache 1049/20. Auch dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 14
Enthaltungen: 11
Befangen: 0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abschließend ließ Herr Panse über die Ursprungsdrucksache 0809/20 einschließlich des Antrages des Oberbürgermeisters in Drucksache 0914/20 inklusive der im Jugendhilfeausschuss bestätigten redaktionellen Änderung, welche die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache änderte, abstimmen.

Abstimmungsergebniss:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 4
Befangen: 0

Der Änderungsantrag wurde bestätigt und somit die Drucksache in dessen Fassung inklusive der redaktionellen Änderung beschlossen.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

Die in der Anlage befindliche "Bedarfsplanung Tageseinrichtung für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020 bis 31. Juli 2021" wird beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 4a und 4b beigefügt.)

**5.36.1. Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 0809/20 - 0914/20
Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder-
/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020 bis
31. Juli 2021**

bestätigt mit Änderungen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

inklusive der im JHA bestätigten redaktionellen Änderungen

5.36.2. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Ermstedt zur DS 0971/20
0809/20 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kin-
der-/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August 2020
bis 31. Juli 2021

abgelehnt Ja 0 Nein 21 Enthaltung 15 Befangen 0

5.36.3. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben zur Druck- 1010/20
sache 0809/20 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für
Kinder-/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August
2020 bis 31. Juli 2021

abgelehnt Ja 5 Nein 20 Enthaltung 11 Befangen 0

5.36.4. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Molsdorf zur Drucksa- 1049/20
che 0809/20 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für
Kinder-/Tagespflege für den Zeitraum vom 01. August
2020 bis 31. Juli 2021

abgelehnt Ja 11 Nein 14 Enthaltung 11 Befangen 0

5.37. Anpassung der Satzung über die Erhebung von Straßen- 0825/20
ausbaubeiträgen der Landeshauptstadt Erfurt (SAB) vom
02.03.2004
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte über das Vorberatungsergebnis des Aus-
schusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 16.06.2020,
welcher die Drucksache bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Gemäß Vereinbarung des TOP 2 vom 01.07.2020 erfolgte die sofortige Abstimmung der
Drucksache ohne weitere Wortmeldungen.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 9 Befangen 0

Beschluss

Die als Anlage 1 beigefügte Änderung der Satzung über die Erhebung von
Straßenausbaubeiträgen der Landeshauptstadt Erfurt (SAB) vom 02.03.2004 wird
beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.)

**5.39. Jährlicher Bericht Verband Kleingärtner
Einr.: Fraktion CDU**

0832/20

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse über das Vorberatungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, welcher die Drucksache am 09.06.2020 bestätigte (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es gab einen Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0944/20, welcher durch den Einreicher zurückgezogen wurde.

Eine Stellungnahme der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und übergab das Wort.

Frau Hantke, Fraktion FDP, fragte den Einreicher der Drucksache, ob der Verband eine Pflicht zum Bericht hat oder dies freiwillig geschieht.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, antwortete, dass dies auf freiwilliger Basis geschieht und der Verband um Berichterstattung gebeten hat.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab schloss Herr Panse die Beratung und ließ über die Drucksache 0832/20 abstimmen.

beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für eine jährliche Berichterstattung des Kleingartenbeirates in Ausschuss Stadtentwicklung, Bau-, Umwelt-, Klima und Verkehr zu sorgen. Dabei sind die entsprechenden Vertreter in den Ausschuss einzuladen und anzuhören.

**5.41. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter
in der Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Verwaltungsgericht Weimar
Einr.: Oberbürgermeister**

0839/20

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wurde die Anzahl der anwesenden Mitglieder des Stadtrates mit 37 festgestellt. Der Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass für die Aufnahme in die Liste nach § 28 VwGO die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Stadtrates (25), mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl (26) erforderlich ist.

Zum Abstimmungsverfahren erklärte er, dass über jeden Vorschlag gesondert Beschluss zu fassen ist und somit eine Einzelabstimmung nach Aufruf der Namen an Hand der Liste erfolgt.

Der Hauptausschuss gab in seiner Sitzung am 09.06.2020 kein Votum ab.

Sodann rief Herr Gillmann, Stadtratsreferent, jeden Namen der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Verwaltungsgericht Weimar im Jahr 2020 einzeln zur Abstimmung auf.

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Abstimmungsergebnis			
			Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimm-enthaltungen	
1	In der Au	Astrid	37	0	0	-> damit beschlossen
-2	Frings	Marc	35	0	2	-> damit beschlossen
3	Busch	Anja	37	0	0	-> damit beschlossen
4	Richardt	Aaron	37	0	0	-> damit beschlossen
5	Schiller	Ron-Torsten	37	0	0	-> damit beschlossen
6	Schoßig	Gerd	37	0	0	-> damit beschlossen
7	Eckert	Astrid	37	0	0	-> damit beschlossen
8	Dr. Schermesser	Jürgen	37	0	0	-> damit beschlossen
9	Lustermann	Hagen	37	0	0	-> damit beschlossen
10	Lewik	Daniela	37	0	0	-> damit beschlossen
11	Kreuser	Constanze	37	0	0	-> damit beschlossen
12	Wohler	Egbert	37	0	0	-> damit beschlossen
13	Pischke	Detlef	37	0	0	-> damit beschlossen
14	Bach	Peter	37	0	0	-> damit beschlossen
15	Lehmann	Heike	37	0	0	-> damit beschlossen
16	Clauß	André	37	0	0	-> damit beschlossen
17	Eisenhuth	Jutta	37	0	0	-> damit beschlossen
18	Krause	Hans-Peter	37	0	0	-> damit beschlossen
19	Reichenbach	Jörg	37	0	0	-> damit beschlossen
20	Krause	Christa	37	0	0	-> damit beschlossen
21	Diener	Thomas	37	0	0	-> damit be-

						schlossen
22	Forster	Steve	37	0	0	-> damit beschlossen
23	Schober	Uwe	37	0	0	-> damit beschlossen
24	Topf	Nicole	37	0	0	-> damit beschlossen
25	Backes	Christian	37	0	0	-> damit beschlossen
26	Kuke	Ralf	37	0	0	-> damit beschlossen
27	Helbig	Siliva-Juliane	37	0	0	-> damit beschlossen
28	Holldorf	Evelyn	37	0	0	-> damit beschlossen

beschlossen

Beschluss

Der Stadtrat bestätigt die Aufnahme der nachfolgend benannten Personen in die Vorschlagsliste der Stadt Erfurt für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für die Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Verwaltungsgericht Weimar im Jahr 2020.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.)

5.42. Umbenennung der Leichtathletikhalle nach Hartwig Gauder 0871/20
Einr.: Fraktion CDU

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes gab der Stadtratsvorsitzende Herr Panse seinen Vorsitz an die stellvertretende Stadtratsvorsitzende Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE., ab um selbst an der Beratung teilnehmen zu können.

Frau Schönemann informierte über das Vorberatungsergebnis des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 16.06.2020, welcher die Drucksache 0871/20 bestätigte (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache sowie eine schriftliche Einverständniserklärung der Angehörigen Herrn Gauders zur Umbenennung lagen den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete die stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Beratung und übergab das Wort.

Herr Panse, Fraktion CDU, meldete sich vertretend für seine Fraktion. Er begründete den Vorschlag mit dem sportlichen und sozialen Wertegang Hartwig Gauders. Dieser warb für Organspende und für aktives sportliches Altern. Dies sollte mit Einverständnis seiner Angehörigen entsprechend gewürdigt werden.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., schloss sich Herrn Panses Worte an, ging dabei auf die Geschichte der Landeshauptstadt Erfurt ein, welche u. a. durch Sportler wie Herrn Gauder zu einer Leichtathletikhochburg wurde. Dementsprechend kündigte er an, dass seine Fraktion den Antrag mit unterstützen wird. Er gab aber zu bedenken, dass auf Grund breiter Zustimmung aller Fraktionen, auch alle hätten Miteinreicher sein sollen.

Herr Panse, welcher mittlerweile in seiner Funktion als Stadtratsvorsitzender zurückwechselte, fragte nach weiteren Wortmeldungen. Da es keine weiteren Wortmeldungen oder Anträge gab schloss er die Beratung und ließ über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 34 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

01

Der Erfurter Stadtrat beschließt die Umbenennung der Leichtathletikhalle in Hartwig-Gauder-Halle.

02

Im Eingangsbereich Leichtathletikhalle wird eine Infotafel über das Leben, das Wirken und die Anliegen Hartwig Gauders installiert.

5.43. Umwandlung von Kreuzungen in Kreisverkehre Einr.: Fraktion CDU

0872/20

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend über die Vorberatungsergebnisse und einem vorliegenden Antrag.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wurde die Drucksache am 09.06.2020 abgelehnt (Ja 7 Nein 7 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0962/20 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat diesen Antrag am 09.06.2020 abgelehnt (Ja 2 Nein 10 Enthaltung 3 Befangen 0).

Die Stellungnahmen der Verwaltung zur Ursprungsdrucksache sowie zum Änderungsantrag lagen den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und übergab das Wort.

Herr Kordon, Fraktion CDU, warb für die Drucksache seiner Fraktion und nannte als erfolgreiches Beispiel den funktionierenden Kreisverkehr in der Demminer Straße. Da es derzeit viele Baustellen in der Landeshauptstadt gibt, sollte man dies nutzen um die Umwandlung von Kreuzungen in Kreisverkehre voranzubringen.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, gab an, dass ihre Fraktion sich der Drucksache nicht anschließen kann. Man hat man den Eindruck als ginge es einzig um die Eisenacher Straße, was man in diesem Fall konkret als Drucksache hätte formulieren werden

können. Auch ist man der Auffassung, dass eine Überprüfung aller Kreuzungen gegenwärtig zu teuer und zu umfangreich sei. Die Priorität der Verwaltung sollte auf dem Ausbau des Radverkehrs liegen. Ihre Fraktion sieht keinen großen Mehrwert in der Drucksache für das Verkehrssystem in Erfurt, da Kreisverkehre bereits an sinnvollen Stellen gebaut werden.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, warb für die Drucksache, da die Vorlage nicht alle Kreuzungen anpeilt, sondern nur die sinnvollen. Er erklärte, dass es bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr unterschiedliche Ansichten gegeben hat, dass es sicherlich viele Gründe dagegen gäbe, man aber nicht die Autofahrer vergessen dürfe.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, sprach sich gegen die Vorlage aus, zumal die Verwaltung sich bereits äußerte, dass man eine Kreuzung nicht einfach umbauen kann. Sollte eine grundlegende Neueinrichtung einer Kreuzung erfolgen, so wird im Vorfeld geprüft, ob ein Kreisverkehr geeignet ist. Gerade das Beispiel Demminer Straße zeigte, dass es die Vorlage nicht braucht um eine Umwandlung vorzunehmen.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende über die Drucksache und den Änderungsantrag der Fraktion AfD abstimmen.

Zunächst erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion AfD in Drucksache 0962/20. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	5
Nein Stimmen:	29
Enthaltungen:	1
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abschließend ließ Herr Panse über die Drucksache 0872/20, der Fraktion CDU, abstimmen.

abgelehnt Ja 15 Nein 17 Enthaltung 3 Befangen 0

5.43.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0872/20 - Umwandlung von Kreuzungen in Kreisverkehre	0962/20
---------	---	---------

abgelehnt Ja 5 Nein 29 Enthaltung 1 Befangen 0

5.44.	Sanierungsprogramm für Sanitäranlagen von Schulen und Kindertageseinrichtungen Einr.: Fraktion CDU	0874/20
-------	---	---------

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, welcher in seiner Sitzung am 09.06.2020 die Drucksache abgelehnt hat (Ja 4 Nein 10 Enthaltung 1 Befangen 0).

Eine Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag lag den Fraktionen vor.

Da es nach Eröffnung der Beratung keine Wortmeldung gab, ließ Herr Panse über die Drucksache 0872/20 abstimmen.

beschlossen Ja 19 Nein 16 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den Zustand der hygienischen und der entsprechenden baulichen Bedingungen der Erfurter Schulen und Kindertageseinrichtungen zu prüfen und in einem einheitlichen Bericht zu erfassen. Dieser ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umweltschutz, Klima und Verkehr schnellstmöglich vorzulegen.

02

Aus den Ergebnissen ist anschließend eine Prioritätenliste mit Maßnahmen für ein Sanierungsprogramm für die Sanitäranlagen von Schulen und Kindertageseinrichtungen mit dem Ziel der zügigen Umsetzung zu erarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

03

Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, zu prüfen, welche Fördermittel zu diesem Zweck genutzt werden können. Diese sind im Bericht gemäß Beschlusspunkt 01 aufzuführen.

**5.45. Stadtstrand Erfurt
Einr.: Fraktion CDU**

0933/20

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse über das Vorberatungsergebnis des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, welcher die Drucksache am 16.06.2020 bestätigte (Ja 6 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0).

Eine Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und übergab das Wort.

Herr Kordon, Fraktion CDU, stellte die Drucksache seiner Fraktion vor und warb für sie. Der Stadtstrand könnte für die Landeshauptstadt Erfurt eine Chance zur urbanen Gestaltung sein. Durch Privatfinanzierung würden für Erfurt keine Kosten entstehen. Er wünschte sich, dass die Verwaltung bevorzugt zentrale Flächen zur Umsetzung festlegt.

Herr Kolditz, Fraktion DIE LINKE., verwies auf das Kulturkonzept der Landeshauptstadt Erfurt hin, welches die Verwaltung kulturraffiner machen soll. Er befürwortete persönlich die Vorlage, da er für eine urbane Stadt ist, und hoffte auf weitere Zustimmung.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, sprach sich gegen die Vorlage aus. Sie begründete dies damit, dass bereits vorhandenen Flächen wie im Venedig vorgeschlagen

werden, was zu einer Vertreibung der Menschen führen könnte, welche diese kostenlosen Plätze bisher nutzten. Auch sprach sie sich hinsichtlich der Kosten für die Gutachten, die in der Stellungnahme aufgeführt werden, gegen die Vorlage aus. Sollte es Interessenten zur Gründung eines Stadtstrandes geben, so können diese sich bei der Stadtverwaltung melden.

Frau Fischer, Fraktion CDU, konterte mit dem Beispiel des Stadtstrandes 22 in Jena, bei welchem es nicht zu einem Vertreiben, sondern einem Anlocken von Menschen kam. Als Grund hierfür sieht sie ein größeres Angebote an Freizeitgestaltung.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, empfand die Vorlage als zu unkonkret und empfahl daher eine Ablehnung. Seiner Meinung nach sei das Ziel der Vorlage unklar. Er hinterfragte ob ein Projekt für Investoren, Touristen oder zur Stadtentwicklung im Erfurter Norden angedacht sei. Daher sei er gegen eine Zustimmung und gegen eine Bindung von Verwaltungskapazitäten.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, schloss sich Frau Fischers Meinung an, dass es in verschiedenen Städten gut funktioniere. Er ergänzte, dass in der Vorlage nichts von einer Vertreibung der Menschen aus dem Venedig geschrieben steht, zumal die Gera groß sei. Die Verwaltung soll Flächen suchen, auf welche man eine Interessenbekundung abgeben kann.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, schloss Herr Panse die Beratung und ließ über die Drucksache 0933/20 abstimmen.

beschlossen Ja 19 Nein 14 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine geeignete Fläche für die Einrichtung eines Stadtstrandes als bewirtschaftete Außengastronomie mit strandähnlichem Charakter in Erfurt entlang der verschiedenen Läufe der Gera und des Flutgrabens zu suchen. Für eine entsprechende Prüfung sind dabei insbesondere Bereiche im „Venedig“, der nördlichen Geraue und am Flutgraben in Uni- oder FH-Nähe in den Blick zu nehmen.

02

Dabei ist zu prüfen, wie und unter welchen Konditionen eine Verpachtung und Vergabe zur Bewirtschaftung an private Betreiber gestaltet werden kann. Nach erfolgter Prüfung und nach Festlegung einer favorisierten Fläche ist die Verpachtung und Bewirtschaftung umgehend auszuschreiben.

03

Die Ergebnisse der Prüfungen und die daraus resultierende Vorzugsvariante ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bis zum Ende des dritten Quartals 2020 vorzulegen. Ziel ist es, dass 2021 der Erfurter Stadtstrand eröffnet.

5.46. Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH 0975/20
Einr.: Oberbürgermeister

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse über das Vorberatungsergebnis und vorliegender Anträge.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung hat die Drucksache in seiner Sitzung am 18.06.2020 bestätigt (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 1104/20. Dieser ergänzte den Beschlusstext, verbunden mit der Änderung der Anlage zur Ursprungsdrucksache. Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksache 1104/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 30.06.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Eine Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag lag den Fraktionen vor.

Ebenfalls kündigte die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung an.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und schloss diese, auf Grund fehlender Wortmeldung, direkt wieder. Er rief daher zur Abstimmung über den angekündigten Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung auf. Die Fraktion DIE LINKE. zog dies durch Zuruf von Frau Stange zurück.

Es folgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 1104/20. Diese ergänzte den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache, verbunden mit der Änderung deren Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	1
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache 0975/20 des Oberbürgermeisters.

beschlossen Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, gemäß Anlage 1, wird beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.)

5.46.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur DS 1104/20
0975/20 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE
Stadtwerke Erfurt GmbH

abgelehnt Ja 12 Nein 21 Enthaltung 1 Befangen 0

5.48. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Erfurter Garten- 0989/20
und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)
Einr. Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis sowie einen vorliegenden Antrag.

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 18.06.2020 wurde die Drucksache bestätigt (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 1103/20 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen neuen Beschlusspunkt 02. Der alte Beschlusspunkt 02 verschob sich entsprechend. Auf Grund fehlender Vorberatung der Drucksache 1103/20 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 30.06.2020, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Eine Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und schloss diese, auf Grund fehlender Wortmeldung, direkt wieder. Er rief daher zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 1103/20. Diese ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen neuen Beschlusspunkt 02 und verschob den alten Beschlusspunkt 02 entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen:	0
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache 0989/20 des Oberbürgermeisters.

beschlossen Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung vom 09.06.2020 unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Finanzverwaltung beschlossen.

02

Der Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH wird ermächtigt als Gesellschaftervertreter der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.)

5.48.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 1103/20
0989/20 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)

abgelehnt Ja 12 Nein 22 Enthaltung 0 Befangen 0

5.50. Neubesetzung des Mitgliedes und der Stellvertreter im 1055/20
Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt (BUGA-Ausschuss)
Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse informierte einleitend über das Vorberatungsergebnis des Hauptausschusses vom 30.06.2020, welcher die Drucksache bestätigte (Ja 5 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung, unter Tagesordnungspunkt 2, erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache 0989/20 ohne weitere Wortmeldung.

abgelehnt Ja 7 Nein 8 Enthaltung 12 Befangen 0

5.51. Rechtliche Prüfung 2. Bauabschnitt Bastionskronenpfad 1056/20
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende Herr Panse über das Vorberatungsergebnis des Ausschusses zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt, welches die Drucksache in seiner Sitzung vom 30.06.2020 ablehnte (Ja 3 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0).

Eine Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und übergab das Wort.

Redebeiträge wurden gehalten von (teilweise mehrfach):

- Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD

- Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN
- Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
- Herr Erfurth, Fraktion AfD
- Herr Pfistner, Fraktion CDU

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN begann die Debatte mit dem Vorwurf an die Stadtverwaltung, nicht auf die Frage eingegangen zu sein, welche finanziellen Auswirkungen es haben könnte, sollte der Bastionskronenpfad nicht, wie im Beschluss des Stadtrates aus dem Jahr 2017, gebaut werden. Sie hinterfragen, ob dieser Beschluss nach dem 31.10.2021 seine Gültigkeit beibehält. Ihrer Ansicht nach würde es ohne den Maßnahmenkomplex für die BUGA keine Entwicklung des Petersberges gegeben. Es gebe somit einen konkreten Zusammenhang zwischen dem damaligen Beschluss und der BUGA. Sollte der zweite Bauabschnitt nicht rechtzeitig fertig werden, so sei die Legitimation für diesen Abschnitt nicht mehr gegeben. Man müsse bedenken, dass zu den geplanten 400 bis 500 TEUR Eigenmitteln wegen den bestehenden Rechtsstreitigkeiten zu einer enormen Kostensteigerung kommen wird. Daher schlug die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor, über die Folgen zu informieren und anschließend im Stadtrat zu klären, ob die Landeshauptstadt Erfurt sich den Bastionskronenpfad leisten will und auch kann. Im späteren Verlauf der Debatte betonte die Fraktion, dass sie die BUGA nicht verhindern wolle und in vergangenen Ausschusssitzungen immer ihre Zustimmung gab, man aber dennoch Raum für Kritik zulassen muss.

Die Fraktionen CDU, SPD, DIE LINKE. und FREIE WÄHLER / PIRATEN äußerten sich ablehnend über die Vorlage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und deren Vorwurf an die Verwaltung. Sie befürworteten den Bastionskronenpfad und wiesen darauf hin, dass dieser fester Bestandteil des Maßnahmenkataloges der BUGA sei, welcher damals einstimmig beschlossen wurde. Die BUGA ist wichtiges Projekt für die Entwicklung und Aufwertung der Landeshauptstadt Erfurt, welche mit hohen Kosten verbunden ist, was dem Stadtrat im Vorfeld bekannt war. Man solle der Stadtverwaltung vertrauen, statt durch Anträge, wie bereits in der Vergangenheit geschehen, die Kosten in die Höhe zu treiben, Maßnahmen und Projekte zu blockieren und der BUGA Hindernisse in den Weg zu legen.

Die Fraktion Mehrwertstadt Erfurt verstand die Intention der Vorlage, wollte sich aber nicht Positionieren und gab daher deren Enthaltung bei der Abstimmung bekannt.

Die Fraktion AfD schloss sich der Vorlage an, da diese ebenfalls glaubt, dass der 2. Bauabschnitt nicht rechtzeitig realisierbar sei und man daher über dessen Folgen reden muss.

Nach Abschluss der Beratung ließ der Stadtratsvorsitzende über die Drucksache 1056/20 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN abstimmen.

abgelehnt Ja 12 Nein 20 Enthaltung 2 Befangen 0

6. Informationen

- 6.1. **Rechtsaufsichtliche Würdigung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 und zum 1. Nachtragshaushaltsplan 2020** 0904/20
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse erklärte, dass die Informationsdrucksache im Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben am 17.06.2020 zur Kenntnis genommen wurde und es weitere Beratungen dazu geben wird. Er fragte den Oberbürgermeister, Herrn Bausewein, ob dieser weitere Informationen in der Sache an den Stadtrat hat, was dieser verneinte.

zur Kenntnis genommen

6.2. Sonstige Informationen


Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, fragte ob es sonstige Informationen gab, woraufhin sich Frau Hantke, Fraktion FDP, zu Wort meldete.

Frau Hantke bat um Stellungnahme der Verwaltung zu dem Sachstand des vorliegenden Schreibens der Otto –Lilienthal –Regelschule, welches in Form eine Hilferufes aus der Schulkonferenz hervor ging.

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, antwortete, dass ein Antwortschreiben vorbereitet und zeitnah zugesendet wird. Die Fraktionen werden hierzu informiert werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse die Stadtratssitzung beendete.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer

gez. Schönemann
stellvertretende Stadtratsvorsitzende